

KSF-Bilanzbericht (verschoben vom 10. Dezember 2007; Traktandum 8)
Kenntnisnahme; Kommission für soziale Fragen

Stellungnahme des Gemeinderates

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Parlamentsmitglieder

Der Gemeinderat hat mit den Parlamentsakten den erwähnten Rechenschaftsbericht 2004-2007 der KSF zugestellt erhalten und nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Die KSF ist geschaffen worden, weil die Fürsorgekommission aufgehoben wurde. Mit dem Sozialhilfegesetz von 2002 sind die Aufgaben der Sozialbehörde auf strategische Fragen beschränkt worden. Der Gemeinderat nimmt heute die Funktion der Sozialbehörde wahr. Dies hat den Vorteil, dass strategische Entscheidungen dort gefällt werden, wo die Kompetenzen für Ressourcenentscheide liegen (Gemeinderat, allenfalls Gemeindeparlament). Sämtliche Einzelfallentscheidungen liegen seither bei der Verwaltung. Der Gemeinderat erachtet den Entscheid, die auf Exekutivebene handelnde Fürsorgekommission aufzuheben, nach wie vor als richtig.
2. Die KSF führt auf Seite 4 zusammenfassend ihre Aufgaben auf und zeigt im Bericht aus ihrer Sicht bestehenden Vorteile einer parlamentarischen Kommission auf:
 - Einbezug in die Vernehmlassung Alterskonzept (Seite 2)
 - GPK erhält schriftliche, begründete Anträge (Seite 3)
 - Vertiefte Auseinandersetzung mit den relevanten Themen einer Direktion
 - effizientes politisches Controlling wird möglich (Seite 3)
 - Verwaltung hat einen Gesprächspartner (Seite 4)
 - Eine Kommission wie die KSF kann sich hohe Fachkompetenz aneignen (Seite 4)

Diese Sicht mag für die Mitglieder der Kommission zutreffen. Ebenso wichtig ist aber die Frage, ob aus einer Gesamtsicht die KSF gerechtfertigt erscheint. Die Frage warum die Aufgaben im sozialen Bereich von einer parlamentarischen Kommission begleitet werden sollen, in anderen Bereichen jedoch auf die Einsetzung einer solchen Kommission verzichtet wird, bzw. bei Bedarf mit befristet eingesetzten Spezialkommissionen (z. B. Kultur-Konzept) gearbeitet wird, ist zur Zeit noch unbeantwortet geblieben.

3. Die KSF erwähnt, dass die vertiefte Auseinandersetzung mit den relevanten Themen und ein effizientes politisches Controlling nötig seien, weil im sozialen Bereich Anpassungsdruck bestehe (Seite 3 unten). Dieser Anpassungsdruck besteht in anderen Bereichen aber ebenso (öV, Finanzen, Umwelt). Kommt hinzu, dass die Einflussmöglichkeit des Parlamentes bezüglich der individuellen Sozialhilfe weit geringer ist, als in anderen Bereichen, weil die kantonalen Vorgaben sehr eng sind. Schliesslich gibt der Bericht keine wirklich schlüssige Antwort auf die Frage, worin denn das politische Controlling besteht.

4. Die Wirkung der Kommission liegt gemäss vorliegendem Bericht darin, dass die KSF die Geschäfte des Parlaments, die aktuellen Themen sowie das politische Controlling im sozialen Bereich im Detail bearbeiten kann. Damit unterstützte sie die GPK und das Parlament in ihren Aufgaben speziell. Es ist aber doch gewagt, daraus abzuleiten, dass die KSF ein unerlässlicher Teil des modernen Sozialsystems der Gemeinde Köniz sei (Seite 4). Die demokratische Legitimation sozialer Aufgaben erfolgt im Parlament auf Antrag des Gemeinderates. Die KSF kann diesen Prozess unterstützen, sofern sie dies im Einzelfall will.
5. Die KSF ist in Anlehnung an die Sachkommissionen, welche in der Stadt Bern im Zusammenhang mit der Einführung von NPM geschaffen wurden, konzipiert worden. Aus aktuellem Anlass (Aufhebung der Fürsorgekommission) konnte im Jahre 2004 die Schaffung der KSF nicht aufgeschoben werden. Es stand damals aber die Frage im Raum, ob es richtig ist, eine parlamentarischen Kommission allein für den sozialen Bereich zu schaffen oder ob dies nicht für den gesamten Aufgabenbereich der Verwaltung zu prüfen wäre. Bei dem inzwischen erarbeiteten und vom Parlament verabschiedeten Projekt IAFP wurde beschlossen, auf die Schaffung von Sachkommissionen zu verzichten, weil Parlament und Gemeinderat, mit dem Ziel "NPM-light" einzuführen, eine möglichst schlanke Organisation angestrebt haben. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass für das Funktionieren der integrierten Aufgaben- und Finanzplanung und zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Parlament die Einführung von Sachkommissionen nicht notwendig ist.
6. Zur Zeit unterstützt der Gemeinderat die Weiterführung der Kommission. Es ist in einem späteren Zeitpunkt ganzheitlich zu prüfen, ob im Interesse einer schlanken Organisation auf Stufe Parlament, zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten in der Kommissionsarbeit und im Interesse der Gleichbehandlung aller Aufgabenbereiche der Gemeinde auf die Weiterführung der Kommission für Soziale Fragen zu verzichten ist. Das Projekt IAFP soll Ende 2009 / Anfang 2010 evaluiert werden. Bei dieser Evaluation ist die Frage der Sachkommissionen bzw. die Weiterführung der KSF nochmals anzuschauen.

Köniz, 16. Januar 2008

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Gemeinderates

Gemeindepräsident
Luc Mentha

Gemeindeschreiberin
Beatrice Zbinden